

Interview mit Dr. Karl Schmitt, dem Pankower Vorsitzenden der Mittelstandsvereinigung der CDU

„Wir brauchen ein System von vernetzten Kleinunternehmen“

PANKOW. Über die Probleme des Pankower Mittelstandes sprach NORD-BERLINER-Mitarbeiter Ulrich Nettelstroth mit Dr. Karl Schmitt, dem Vorsitzenden des Pankower Kreisverbandes der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU.

Sieht die Bilanz der letzten Jahre für den Pankower Mittelstand eher positiv oder negativ aus?

Dr. Schmitt: Einige unserer Mittelständler antworteten auf diese Frage spontan mit „negativ“. Auf Nachfrage stellten wir dann fest, daß es so negativ nicht ist. Es gibt natürlich Klagen darüber, daß die Kaufkraft in Berlin deutlich abgenommen hat. Wir haben 100 000 Industriearbeitsplätze verloren, mit Konsequenzen beispielsweise für den Einzelhändler. Gleichzeitig haben wir in Pankow aber die Situation, daß die Zahl der Unternehmen in den letzten drei Jahren spürbar zugenommen hat. Pankow steht an fünfter Stelle in Berlin, was den Zuwachs von Gewerbeanmeldungen angeht.

Bei den Immobilienpreisen gibt es ein Nachlassen des sehr hohen Preisniveaus, aber gerade die öffentlichen Grundstückseigentümer haben bisher noch nicht mit den Preisen nachgegeben. Die Folge ist, das sehr viele

Flächen und Altgebäude ungenutzt herumstehen und die Gewerbetreibenden immer noch große Probleme haben, eine Immobilie zu finden.

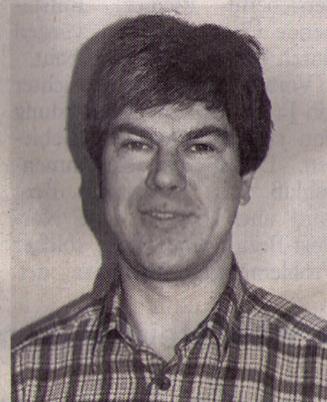
Gibt es Investitionshemmnisse durch bürokratische Vorschriften?

Dr. Schmitt: Da gibt es eine Vielzahl von Problemen. Nach wie vor gibt es oft noch keine Rechtssicherheit über das Eigentum. Ein Unternehmer aber kann es sich nicht leisten, in ein Gebäude zu investieren, das ihm vielleicht gar nicht gehört. Die Immobilie ist für den Kleinunternehmer sehr wichtig, da sie für ihn die einzige Alterssicherung ist. Es gibt zuviele Einzelschriften, zum Beispiel in der Gastronomie, und Bauanträge haben häufig noch eine zu lange Laufzeit. Wenn der Geschäftsmann in seinem Laden eine Mauer versetzen will, und der Antrag bleibt ein halbes Jahr unbearbeitet liegen, dann hat er hohe Mietverluste und kommt vielleicht mit seinem Umbau gegenüber der Konkurrenz zu

spät. Weitere Behinderungen gehen vom Denkmalschutz aus. Wir haben zum Beispiel in Rosenthal und Blankenfelde die Situation, daß dort der Charakter der Straßendörfer erhalten bleiben soll. In Rosenthal heißt das, daß die Anlieger ihre hinteren Grundstücksteile nicht bebauen dürfen. Das wird nicht die Entwicklung dieser Stadtteile fördern, sondern sie in einem unbefriedigenden Zustand konservieren.

Wie könnte die Bürokratie abgebaut werden?

Dr. Schmitt: Es gibt eine Menge Möglichkeiten, etwas zu verbessern. Man könnte zum Beispiel im Bezirksamt auch



Dr. Karl Schmitt.

Foto: Nettelstroth

sonnabends Sprechstunden einrichten. Man kann alle Funktionen bündeln und zentrale Ansprechpartner schaffen. Heute müssen Bürger und Unternehmer viel Zeit verschwenden, wenn sie wegen einzelnen Zulassungen und Anträgen zu einer Vielzahl von in Berlin verteilten Ämtern müssen. Mit EDV-Unterstützung könnte ein einzelner Sachbearbeiter im Amt verschiedenste Anträge annehmen und weitestgehend bearbeiten. Hiermit würde auch die Möglichkeit geschaffen, daß der Bürger zwischen verschiedenen Ämtern mit gleichen Funktionen auswählen könnte. Die Folge wäre Wettbewerb und mehr Kundenorientierung in den Amtsstuben.

Welche politischen Initiativen zur Stärkung des Mittelstandes wünschen Sie sich?

Dr. Schmitt: Das bisherige Förder- und Steuerrecht bevorzugt einseitig Großbetriebe und Existenzgründer. Die kleinen und mittleren Unternehmen fühlen sich dabei zu kurz gekommen. Es gibt viele gute und nützliche Existenzgründerprogramme. Diese werden aber heute in der Öffentlichkeit oftmals zu sehr unter dem Gesichtspunkt dargestellt, daß von

den Gründern schnell die Schaffung neuer Arbeitsplätze erwartet wird. Hierbei müßten die Gründer und ihre Finanziers aber hohe Risiken des schnellen Wachstums in einem noch unbekanntem Geschäftsbereich eingehen. Speziell bei den von der Existenzgründerförderung besonders berücksichtigten Arbeitslosen kann dies schnell zum endgültigen persönlichen Ruin führen. Die neu-selbständigen Arbeitslosen müssen zunächst einmal einen Arbeitsplatz für sich selbst schaffen und diesen konsolidieren. Später kann dann über Einstellungen nachgedacht werden.

Ich persönlich glaube, daß wir Systeme von vernetzten Klein- und Ein-Mann-Unternehmen brauchen. Diese können mit anderen Unternehmen zusammenarbeiten. Hierbei können sich „virtuelle“ Firmen bilden, in denen Gruppen von Selbständigen gemeinsam werben und Aufträge bearbeiten können.

In unserer Mittelstandsvereinigung finden auch Kleinstunternehmer das Forum, auf dem sie Kontakte knüpfen, um hiermit Geschäftspartner und Kunden zu finden.

Herr Dr. Schmitt, wir danken Ihnen für das Gespräch.